

Enttäuschung über Ergebnisse des Klimagipfels

Umweltexperte Breyer: Deutschland und EU müssen beim Klimaschutz vorangehen



Klaus Breyer fordert den Abbau von klimaschädlichen Subventionen. Foto: EKvW

SCHWERTE - Der Umweltexperte Klaus Breyer fordert nach dem Klimagipfel von Lima neue Bündnisse für den Klimaschutz. Deutschland und die EU müssten sich wieder auf ihre Vorreiterrolle besinnen, sagte der Leiter des Instituts für Kirche und Gesellschaft der westfälischen Landeskirche in Schwerte am Montag dem Evangelischen Pressedienst (epd). Nötig sei eine konsequente Einleitung des Kohleausstiegs und ein Abbau klimaschädlicher Subventionen. "Wir brauchen aber auch neue Allianzen auf kommunaler Ebene und starke zivilgesellschaftliche Bündnisse für besseren Klimaschutz."

Die Ergebnisse des Klimagipfels bezeichnete Breyer als enttäuschend. Herausgekommen sei eine Sammlung unterschiedlichster Handlungsoptionen, die kaum belastbar seien und in unterschiedliche Richtungen wiesen. Es gebe keine Verpflichtung zu einer Reduktion der Treibhausgase bis 2020. Schwach ausgefallen seien auch die Vorgaben für die nationalen CO₂-Minderungsziele nach 2020. Ein wirksames Weltklimaabkommen in einem Jahr in Paris sieht Breyer als gefährdet, weil viele Fragen offengeblieben seien. "Lima hat seine Hausaufgaben nicht gemacht."

Um das Ziel zu erreichen, dass global die Temperatur nicht um mehr als zwei Grad steigt, müssten 98 Prozent der noch verfügbaren Vorräte von Kohle, Erdöl und Erdgas in der Erde bleiben, sagte Breyer weiter. Würden alle Länder dem alten Entwicklungsmodell der Industrieländer folgen, würde das nach seinen Worten voraussichtlich einen Temperaturanstieg bis zu sechs Grad bedeuten. Industrieländer seien in der Pflicht, ihre auf Kohlenstoff basierende Wirtschaft radikal umzubauen. Außerdem sollten sie Entwicklungsländer finanziell und technisch unterstützen, sich an den Klimawandel anzupassen, forderte der Klimaexperte.

Auch die Kirchen sollten nach Worten Breyers noch stärker als bisher für konsequenten Klimaschutz und eine entsprechende Wirtschafts- und Energiepolitik eintreten. Klimapolitik sei globale Gerechtigkeitspolitik, unterstrich Breyer. Eine Politik des "Weiter so!" treffe besonders die Ärmsten der Armen. Sie hätten bis heute kaum Zugang zu Energie, würden aber bereits unter den Folgen des Klimawandels leiden.

Als Beispiel nannte der Umweltexperte die Philippinen, wo der Taifun "Hayan" Tausende Menschen tötete und Krankenhäuser zerstörte. Klimaschutz sei die Grundlage für weltweite Teilhabegerechtigkeit und für faire Entwicklungschancen heutiger und nachfolgender Generationen.

Auch Umweltverbände und Entwicklungsorganisationen hatten sich enttäuscht über die Ergebnisse der am Sonntag zu Ende gegangenen Beratungen in Lima geäußert. Nach ihrer Einschätzung ist es nicht gelungen, den Grundstein für ein wirksames Abkommen bei der Klimakonferenz 2015 in Paris zu legen. (epd/Holger Spierig)